

Es sollte vierteljährlich bei postamtlicher Anfertigung 2.50 M., auch die Post 8.25 M., anstatt Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Es unterliegt eingehende Korrespondenz nicht der Zensur. Abdruck mit Quellenangabe: „Saale-Ztg.“ gestattet.

Verantwortlicher Redakteur Nr. 1140; Dr. Augustin, Abteilung Nr. 176; bei Kriemhildstr. 1133.

werden die Separaten Kolonien oder deren Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf., berechnet und in weiteren Abmachungen und allen Anzeigen-Erscheinungen angenommen. Kleinanzeigen die Zeile 7 Pf. für Halle, auswärts 1 Pf.

Erdringt täglich zweimal, Sonntags und Montags ausnahmslos.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, G. Brandenburgerstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Saale-Zeitung.

Sechshundertziger Jahrgang.

Nr. 548.

Halle a. S., Freitag, den 22. November.

1912.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“ werden ungesetzt von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen. Der Verlag.

Petroleum-Monopol und Angestellte.

Man schreibt uns: Mit banger Sorge haben die bei den Petroleumgesellschaften beschäftigten Angestellten der Veröffentlichung der Regierungsvorlage über das Petroleum-Monopol entgegengelesen. Als kürzlich durch die Zeitungen die Mitteilung ging, daß vom Staatssekretär des Reichsfinanzamtes dem Präsidenten des Hanja-Bundes, Geheimrat Rieber, auf eine Anfrage die Antwort gegeben wurde, daß eine sorgsam abgewogene Entscheidung der Angestellten im Gehaltentwurf vorgesehen sei, bemühten sich der interessierten Kreise eine hoffnungsvolle Zukunft.

Groß war die Enttäuschung, die nach Veröffentlichung der Vorlage unter den Angestellten Platz griff. Im ersten Moment scheinen die Bedingungen für denjenigen, der in die Bedingungen nicht tiefer eindringt, nicht unangenehm zu sein. Bei näherer Betrachtung dagegen kommt man zu der Einsicht, daß in dem entsprechenden § 11 Bedingungen enthalten sind, die den beabsichtigten Zweck, den durch das Monopolstellunglos werdenden Angestellten nach Recht und Billigkeit eine Entschädigung zu gewähren, teilweise oder gänzlich illusorisch machen.

In diesem Paragraphen und in der demselben beigegebenen Begründung heißt es wörtlich, daß die Höchstbesoldung der kaufmännischen und technischen Beamten zunächst in der Regel in der Betriebsgesellschaft weiter zu beschließen, bis sich vielleicht in Laufe der Zeit durch zweckentsprechende Organisation eine Verminderung der Beamtenden möglich macht.

Da durch die Zusammenlegung der Betriebe in eine Gesellschaft schon ohnehin eine größere Anzahl von Angestellten überflüssig wird, so ist es auch wohl für den Laien klar, daß es ausgeschlossen ist, daß die Betriebsgesellschaft auch nur annähernd die gleiche Anzahl Angestellten benötigen wird. Um die Wirkungen des § 11 für die Angestellten zu erhellen, möge folgendes Beispiel dienen:

Drei Angestellte im Alter von 32 Jahren sind je 12 Jahre tätig und erhalten je 3600 Mark Jahreslohn. Der Angestellte A. wird nicht übernommen, sondern entschädigt. Er würde also im Alter von 32 Jahren mit zwölfjähriger Tätigkeit sein bisheriges Gehalt pro Jahr mit 3600 Mark garantiert erhalten, bis zu einer Summe von 9900 Mark.

Der Angestellte B. wird übernommen und nach einem halben Jahr, ohne sein Verschulden, von der Betriebsgesellschaft gekündigt. Er ist jetzt 32½ Jahre alt und 12½ Jahre im Petroleumgeschäft tätig. Er bezog bei der Betriebsgesellschaft für 6 Monate 1800 Mark Gehalt, die auf den Entschädigungsanspruch angerechnet werden; von den restlichen 5100 Mark hätte er die Hälfte, also nur noch 4050 Mark, zu beanspruchen.

C. wird ebenfalls übernommen. Nachdem sich im Laufe der Jahre weitere Personal-Reduktionen durchführen lassen, wird ihm nach 2½ Jahren gekündigt, ohne daß ein Verzicht seinerseits vorliegt. Er ist jetzt 34½ Jahre alt und bereits 14½ Jahre im Petroleumgeschäft tätig; — er erhält nichts mehr, da er sich kein Gehalt, welches er von der Betriebsgesellschaft bezogen hat, mit 9900 Mark anrechnen lassen muß.

Die in der Vorlage vorgesehene Abstufung für die Entschädigung von 10 zu 10 Jahren ist zu groß. Die unterste Grenze von 25 Jahren für einen Entschädigungsanspruch muß unbedingt zur Wahrung der Rechte der jüngeren Angestellten auf 22 Jahre heruntergeleitet werden.

Aus der Vorlage geht klar hervor, daß ein großer Teil der Angestellten damit rechnen muß, erst übernommen zu werden und dann nach kurzer Zeit von der Betriebsgesellschaft entlassen zu werden. Es ist nicht verständlich, weshalb diese Angestellten, die also noch länger als die nicht übernommenen einseitig im Petroleumgeschäft tätig sind, schlechter gestellt werden sollen als die ersteren. Nach der Vorlage erhält der Angestellte keine Entschädigung, der sich von der Betriebsgesellschaft nicht mit übernehmen lassen will. Das Recht der Persönlichkeit wird hierdurch in keiner Weise gewahrt. Man sollte doch meinen, daß es jedem Angestellten freigestellt sein müßte, ob er sich zu den Bedingungen übernehmen lassen will, ohne daß er durch seine Ablehnung seiner Entschädigungsanspruch verlustig geht.

Der einzig richtige Weg für die Entschädigungsabrechnung wäre der, daß einem Angestellten im Alter von 45 Jahren und darüber die volle Entschädigung gewährt und für alle Angestellten unter 45 Jahren für jedes Jahr ein Viertelteil von der Entschädigungssumme gekürzt wird. Unter Berücksichtigung der vorher angeführten Beispiele würde sich folgendes Bild ergeben:

Die Entschädigungsberechnung für einen Angestellten im Alter von 32 Jahren mit 3200 Mk. Jahreslohn und zwölf Dienstjahren würde sich wie folgt gestalten:

Table with 2 columns: Description and Amount. Rows include: Für die ersten 3 Jahre (3200 Mk.), für die folgenden 9 Jahre à 1600 Mk. (14400), 17600 Mk., für 13 Jahre à 1/40 (440 Mk.) (5720), 11880 Mk.

Jeder Stauffelung in größeren Zwischenräumen werden gewisse Gärten anhaften für diejenigen Angestellten, die in ihrem Lebensalter direkt vor der nächst günstigen Klasse stehen. Die Auszahlung der Entschädigung ist in Vierteljahresraten pränumerando vorgesehen. Der beabsichtigte Zweck, den Angestellten hierdurch zu helfen, die durch das Monopol verlorene Position in einer anderen Branche wieder zu gewinnen, dürfte hierdurch wohl nicht erreicht werden, wenn man berücksichtigt, daß der Arbeitsmarkt durchweg überlastet ist und es den Angestellten schwer fällt, eine entsprechende Stellung in absehbarer Zeit wieder zu erlangen. Seinerzeit wird wohlgekehrt werden die Angestellten, die nicht übernommen werden konnten, die Entschädigung ein mal in bar ausgezahlt. Warum soll hier mit anderem Maße gemessen werden?

Ältere Angestellte wären in der Lage, durch eine geeignete Anlage dieser Entschädigung sich eine kleine Rente für immer zu sichern, die ihnen im Verein mit dem, was sie noch verdienen, ermöglichen würde, ihr Leben einigermäßen zu fröhen.

Die Einnahme von Monastir nicht bekümpft.

Es ist merkwürdig, wie oft nach Belgrader Meldungen Monastir, der letzte Zufluchtsort der türkischen Westarmee, von den Serben bereits eingenommen sein sollte. Diesmal klang die Nachricht so bestimmt, daß man ihr — auch in Berücksichtigung der ganzen taffischen Lage — Glauben schenken konnte. Und nun tauchen in Belgrad selbst Zweifel auf. Jedenfalls ist die Nachricht von der Kapitulation des türkischen Heeres falsch gewesen; anscheinend hat es sich — vielleicht nach Dobruja, westnordwestlich Monastir an dem gleichnamigen See gelegen — durchgeschlagen. Es wird darüber telegraphiert:

Belgrad, 21. Nov. Ueber die Einnahme von Monastir laufen die verschiedensten Nachrichten ein, die auf Authentizität keinen Anspruch haben. So viel ist sicher, daß die früheren Meldungen über die Gefangennahme der ganzen in Monastir versammelten Türken unwirksam sind, denn ein großer Teil der Türken ist durchgebrochen. Demzufolge bedarf auch die von offizieller serbischer Seite gemeldete Gefangennahme der vier Paschas noch einer Bestätigung.

Nach einem weiteren Telegramm aus Belgrad soll im Gegensatz zu obigen Meldungen die amtliche Bestätigung von der Einnahme von Monastir eingetroffen sein. Charakteristisch für die serbische Berichterstattung ist, daß amtliche Depeschen die Gefangennahme von 50 000 Türken melden, obwohl Joffe-Pascha überhaupt nur über 20 000 Mann verfügt. Auch die Meldung von der Erbeutung von Kriegsmaterial im Werte von 50 Millionen Francs stellt sich als unwirksam heraus. Die serbische Regierung hat eine Untersuchung eingeleitet, um die Verbreiter dieser falschen Nachrichten zur Verantwortung zu ziehen.

Oesterreich und Serbien.

Nachdem in der Konjunktursfrage Serbien die Berechtigung der österreichischen Forderungen anerkannt hat, macht sich jetzt auch im übrigen eine ruhigere Auffassung der Beziehungen beider Länder geltend. So meldet ein Telegramm aus

Wien, 21. Nov. Hier ist man überzeugt, daß es nicht zum Kriege mit Serbien kommen wird. Ueber die Frage der Adriaküste dürfte vielmehr ein Vergleich in dem Sinne abgeschlossen werden, daß Oesterreich den Serben einen Hafen zugeht, wogegen Serbien auf Albanien verzichtet.

Die Serben an der Adria

meldet ein weiteres Telegramm:

Wien, 21. Nov. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblatts“ aus Oberitalien sind die serbischen Truppen unter Führung des Oberleutnants Bulstik am Adriatischen Meer eingetroffen und haben dort die serbische Fahne gehißt.

Klassenstillstandsverhandlungen.

Konstantinopel, 21. Nov. Die Klassenstillstandsverhandlungen werden in Tschataldschä stattfinden. Joffe-Pascha, der

mit verschiedenen Staatsmännern längere Unterredungen hatte, und Tschaban-Bei reisen mit ihren Sekretären schon heute nach Tschataldschä ab. Osman Nisami-Pascha, der bereits gestern seine Abreise aus Berlin ankündigt, wird morgen hier erwartet; er wird sofort nach seiner Ankunft an einem Ministerrat und dann an einem Kriegsrat teilnehmen und sich dann gleichfalls nach Tschataldschä begeben. Wenn der Waffenstillstand erzielt ist, wird die türkische Regierung noch weitere Delegierte zu den Friedensverhandlungen senden. — Die hiesigen Blätter äußern sich begeistert darüber, daß die letzten türkischen Erfolge während des Bairamsfestes erlangen wurden.

Der Kaiser von Oesterreich über den Krieg.

Wien, 21. Nov. Den Blättern zufolge bemerkt der Kaiser bei den gestrigen Delegationsbörner in Budapest gegenüber den ungarischen Delegierten, er müsse die Bulgaren beunruhigen, wie sie sich im Kriege gehalten hätten. Andererseits sei nicht zu bezweifeln, daß den Türken das Kriegsglück so wenig günstig gewesen sei. Der Kaiser erwähnte auch die Entsendung eines Konsulatsbeamten nach Prizrend und sprach die Hoffnung aus, daß sich die Zeitungs-meldungen über die Vorgänge in Prizrend als übertrieben herausstellen würden und die Angelegenheit eine friedliche Lösung finden würde.

Deutsches Reich.

Steuerschlachten.

Eine Reform der Fahrkartensteuer ist neuester Meldung zufolge und entgegen einer früheren Erklärung des preussischen Eisenbahnministers v. Brühlens, für ablehnbare seit nicht in Aussicht genommen, weil allgemein das Publikum nicht in diese Steuer „gewöhnt“ und der jenseitig empfindbare Mangel der Abwanderung aus der ersten in die zweite Wagenklasse eine Mindererfahrung erfahren habe. Da nach der Ankündigung des Ministers eine Reform im Sinne der Erhebung auf stärkere Belastung nicht nur der zweiten, sondern auch der dritten Wagenklasse, zum Ausgleich einer Vergünstigung für die erste Klasse, hinauslaufen würde, könnte die Verlegung des Projekts nicht unwillkommen sein. Doch die Voraussetzung, das Publikum habe sich auf solche Maßnahmen geföhnt, es bleibt bei den Steuerträgern nichts anderes übrig, als eine Belastung solange geduldig hinzunehmen, bis durch die Gesetzgebung Remedy geschaffen ist. So könnte auch geföhnt werden, die Zündholzsteuer sei der breiten Masse „in Fleisch und Blut übergegangen“, während an die Fahrkartensteuer „gewöhnt“, steht sie in Wirklichkeit jetzt genau so drückend verpönt wird, wie am Tage ihrer Einführung. Es mag im Wunsch der Regierung liegen, den im Hinblick auf die Versteigerung vorlage nicht ein abgeschlossenes Steuerabtau wieder aufgerollt werde. Die Volkserhebung läßt sich aber kein Wunderthier anlegen, und mit der Möglichkeit ist durchaus zu rechnen, daß zum mindesten der Versuch gemacht werden wird, Scharten auszuweisen, die bei der Finanzreform des 1909, vielleicht auch bei der „kleinen“ Steuerreform des Jahres 1906 verhandelt wurden. Dem Argument, die Regierung könne im Interesse der Reichsfinanzen auf die Einnahme aus bestehenden Steuern nicht verzichten, läßt sich bindende Kraft schlechterdings nicht zuerkennen.

„Den Schwerpunkt der deutschen Landwirtschaft

bildet der bäuerliche Betrieb in seinen verschiedenen Abteilungen.“ Zu diesem Schluß kommt die amtliche „Bericht-Korrespondenz“ auf Grund der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907, die loeben — fünf Jahre nach der Zählung — vom Kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlicht werden. Diese amtliche Feststellung bedeutet eine Verteilung unserer Agrarpolitik. Denn diese ist in erster Reihe zugeschnitten auf die Wirtschaften des Großgrundbesitzes, und nicht auf die bäuerlichen Betriebe, die in mehrfacher Beziehung — durch die Lebensmittelpreise durch unsere Zollgesetzgebung — logar geschädigt werden. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß von den im Juni ermittelten 524 Millionen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nur 22566 Großbetriebe mit 100 und mehr Hektar sind, die allerdings von der land- und forstwirtschaftlichen Gesamtfläche von 43 Millionen Hektar allein 9,9 Millionen Hektar umfassen. Im einzelnen berichtet die „Berl. Corr.“:

Durch die land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung von 1907 sind 5 762 509 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit einer Gesamtfläche von 43 106 486 Hektar und einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von 1 834 874 Hektar erhoben worden. In dieser Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind aber die Betriebe mit nur forstwirtschaftlicher Fläche nicht enthalten. Im Vergleich zu derselben Erhebung von 1895 haben die Betriebe um 177 765 = 3,2 v. H. zugenommen, die landwirtschaftliche Fläche um 683 067 Hektar = 2,1 v. H. abgenommen. Nach der Größe ihrer land- und forstwirtschaftlichen Fläche berechnet, gehörten 3 378 509 oder 58,3 v. H. Betriebe zu den Zwerg- und Partzellenbetrieben (unter zwei Hektar landwirtschaftlicher Fläche). Diese Betriebe kleinsten Umfanges hatten nur 5,4 v. H. (= 1 731 311 Hektar)

Landwirtschaftlicher Fläche und 5,7 v. H. (= 2.492.002 Hektar) der Gesamtfläche inne.

Als Grobgeräbe (100 Hektar und darüber) sind 23.566 = 0,4 v. H. ermittelt, mit einer landwirtschaftlichen Fläche von 7.055.018 Hektar = 22,2 v. H. und einer Gesamtfläche von 9.918.581 Hektar = 23 v. H. Der Rest an Geräben wie an landwirtschaftlicher Fläche entfällt auf die dürrerleidenden Geräbe (2 bis 100 Hektar), und zwar betragen diese an Zahl 2.394.007 = 40,7 v. H. an landwirtschaftlicher Fläche nahezu drei Viertel = 23.048.545 Hektar = 72,4 v. H. und an Gesamtfläche ebenfalls fast drei Viertel = 30.697.953 Hektar = 71,3 v. H.

**Graf Zeppelin und die englische Zeppelinfahrt.**

London, 21. November.

Die Angelegenheit des geheimnisvollen Zeppelin-Luftschiffes beschäftigt nach wie vor die englische Presse. „Daily Mail“ veröffentlicht heute folgendes Telegramm, das ihr vom Grafen Zeppelin aus Friedrichshafen zugegangen ist: „Friedrichshafen, Mittwoch abend. Einem meiner Luftschiffe hat sich der englischen Küste in der Nacht vom 16. Oktober nicht genähert. Graf Zeppelin.“ Damit dürfte über den mysteriösen Luftschiffbesuch an der britischen Küste hier endlich Ruhe eintreten.

**Der Bundesrat**

Hielt Donnerstag eine Sitzung ab, um vor dem Zusammentritt des Reichstags verschiedene Angelegenheiten zu erledigen, so vor allem den Reichshaushaltsetz für 1913, mit dessen Veröffentlichung alsbald begonnen werden wird. Auch der bayerische Antrag auf eine authentische Auslegung der verbotenen Erbschaftsteuer der Mitglieder der Gesellschaft Jesu, insbesondere in Kirche und Schule, soll noch vorher, eventuell in Sitzungen Freitag und Sonnabend, im Bundesrat zur Verabreichung gelangen. Ob dies möglich sein wird, ist freilich eine andere Frage. Bisher befindet diese Sache noch stark im Rückstand. Es liegen dem Bundesrat außer den bekannten Eingaben des bayerischen und preussischen Klerus um vollständige Aufhebung des Jesuitengesetzes bisher nur Vorschläge der preussischen Regierung zum bayerischen Antrag vor. Die von der bayerischen Regierung hierzu eingeforderten Gegenüberstellungen werden noch erwartet.

**Massnahmen der Vereinigten Staaten gegen das deutsche Petroleummonopol**

sind, wie aus New York berichtet wird, nicht beabsichtigt. Man berichtet:

New York. Die „New York Times“ melden aus Washington, Beamte des State-Departments erklären, die Vereinigten Staaten beabsichtigen keineswegs einen Zollkrieg oder andere Massregeln gegen Deutschland, um die Geleitsvorlage über das Petroleummonopol zu hindern. — Auch die „New Yorker Staatszeitung“ meldet aus Washington eine Erklärung des stellvertretenden Staatssekretärs W. Wilson, daß diplomatische Verhandlungen in der Frage der deutschen Petroleumvorlage nicht zu erwarten seien.

**Hof- und Personalmeldungen**

Der Kaiser, der aus Kiel wieder in Potsdam eingetroffen ist, wird nach Rückkehr von der Vermählungsfeier in Donaueschingen am 2. Dezember seiner Tante der Großherzoginwitwe Luise von Baden, die am 3. Dezember ihren 74. Geburtstag begeht, auf Schloß Baden einen Gratulationsbesuch abtun.

**Ausland.**

**Der Jarzewitsch unheilbar erkrankt.**

Petersburg, 21. Nov. Die Krankheit des Jarzewitsch, die, wie ich aus unbedingt sicherer Quelle erfahre, in tuberkulöser Coritis und Sarcophobie besteht, schließt die Hoffnung auf eine sichere Heilung aus. Jedenfalls wird der Jarzewitsch jede physische und geistige Anstrengung vermeiden müssen, wodurch sein Bildungsgang gehindert wird. Die Thronfolgefrage scheidet daher in Jarstojes Selbstenfestsetzung abhängeriger Besprechungen. Eine Entscheidung ist indessen noch nicht erfolgt.

**Halle und Umgebung.**

Halle a. S., 20. November

**Revisionsverband gewerblicher Genossenschaften, C. V.**

Halle a. S., 16. Nov. 1912.

Der 15. ordentliche Verbandstag wurde am 14. November im Saale des Reichshofes abgehalten. Herr Verbandsdirektor E. Friedrich hielt die Vertreter der Behörden, der angeschlossenen Genossenschaften sowie die Gäste herzlich willkommen. Vertreten war das Kgl. Oberpräsidenten der Provinz Sachsen durch Herrn Regierungsrat Freiherr von Malchow, der Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften Berlin durch Herrn Ernst Mitscherlich a. D. Hegel, Berlin, die hiesige Handwerkerammer durch Herrn A. Schindler sowie Herrn S. Blume, die Handwerkerammer zu Magdeburg durch Herrn G. Krieg, dabei auch und endlich der Verband deutscher Handwerker-Genossenschaften durch seinen Verbandsdirektor C. V. Krapp. Außerdem waren 32 Genossenschaften durch 47 Delegierte vertreten.

Nach dem Geschäftsbericht gehören dem Verbandsamte Ende des Berichtsjahres (1. April 1911 bis 31. März 1912) 35 Genossenschaften an. Die Zahl der im Verbandsamt registrierten Genossen beträgt am 1. April 1912 2909; die Gesamtsumme 1.713.990 Mt., das Geschäftsguthaben der Verbandskasse 92.072 Mt., das Geschäftsguthaben der Kreditgenossenschaften 429.888 Mt., das Geschäftsguthaben der übrigen Genossenschaften 232.412 Mt., die Reserven der Verbandskasse 12.198 Mt., die Reserven der Kreditgenossenschaften 50.355 Mt., die Reserven der anderen Genossenschaften 101.786 Mt.

Zur gedruckt vorliegende Geschäftsbericht geht näher auf die Agitations- und Revisionsarbeit ein und gebietet der Zusammenkünfte der fremden Genossenschaften in Köthen, Magdeburg und Erfurt, der Genossenschaftstage in Bitterfeld

und Stralsburg, sowie des genossenschaftlichen Ferienkurses an der hiesigen Universität.

Im Hinblick auf den Bericht spricht Herr Friedrich noch über die Verhandlungen des Genossenschaftstages in Stralsburg und geht näher auf die Bedingungen der Preussischen Zentral-Genossenschafts-Kasse ein. Weiter berichtet Herr Friedrich über die in diesem Jahre abgeschlossenen genossenschaftlichen Ferienkurse an der hiesigen Universität und betont nochmals das große Interesse, welches die Teilnehmenden gezeigt haben, er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß im nächsten Jahre wieder solche Veranstaltungen stattfinden. Er berichtet ferner über die in letzter Zeit erfolgten Zusammenkünfte einzelner Banken, besonders der

**Junungsobart zu Magdeburg.**

und hebt hervor, wie wichtig es sei, einem Revisionsverbande anzugehören. Infolge der kritischen Geld- und Weislage rät Herr Friedrich den Genossenschaften, auf Liquidität und Flüssigkeit der Geldmittel besonders zu achten.

Es wurde folgende Resolution gefasst und einstimmig angenommen:

„Der Verbandstag beschließt mit Rücksicht auf die Vorgänge in Magdeburg und anderen Orten den Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften, Berlin, zu erfragen, an möglicher Stelle dahin zu wirken, daß das Gesetz vom 1. März 1889, betreffend die Gewerks- und Betriebsgenossenschaften, dahin abgeändert werde, daß die Genossenschaften einem Revisionsverbande angehören müssen und solange dies nicht möglich ist, daß die Verwaltungsberechtigten dahin vorstellig zu werden, daß die Revision der nicht angeschlossenen Genossenschaften durch einen erprobten Revisor eines Genossenschaftsverbandes zu erfolgen hat.“

Herr Sanitäts-Amtsrichter a. D. Hegel-Berlin hielt sodann einen Vortrag über

**„Regreß an Vorstand und Aufsichtsrat.“**

Der Referent hebt hervor, welche schwierige Amt Vorstände und Aufsichtsrat zu verwalten hätten, um der Regreßpflicht zu entgehen. Er zeigt es an einigen Beispielen, die erkennen lassen, daß obengenannte Verwaltungsorgane sich immer ihrer Pflichten bewußt bleiben müssen und ihre volle Schuldigkeit tun, andernfalls sie für den eventuellen Schaden herangezogen werden.

Herr Verbandsdirektor E. Friedrich hat den Vortragenden, der Wichtigkeit halber das eben gehaltene Referat durch das „Deutsche Genossenschaftsblatt“ zu veröffentlichen.

Herr Verbandsreferent Thier berichtet über die stattgehabten Revisionen und die dabei gemachten Aufstellungen, sowie über Vorschläge zu deren Abstellung und Verhütung.

Herr Amtsrichter a. D. Hegel hielt sodann einen zweiten Vortrag über

**„Liquidität der Genossenschaften.“**

Referent weist auf die schwere Lage hin, in welche eine Genossenschaft kommen kann, wenn sie scheinbar überflüssiges Kapital in Wertpapieren oder Grundstücken festsetzt, und in Zeiten größerer Abforderungen nicht genügend flüssige Geldmittel zur Verfügung stehen.

Herr Friedrich bittet Herrn Amtsrichter Hegel, auch diesen Vortrag durch die Zeitschrift „Deutsches Genossenschaftsblatt“ zu publizieren, was auch Herr Amtsrichter Hegel verspricht.

Die vom Vorstande erhaltene und von der Gewerbeamt, C. G. m. b. H., Lauscha, geprüfte Jahresrechnung des Verbandes für das Jahr 1911, welche in Einnahme und Ausgabe mit 3042,27 Mt. abschließt, wurde abgelesen. Vom Haushaltsplan 1912 wurde Kenntnis genommen und die Gewerbeamt, C. G. m. b. H., Eisenach, zur Prüfung zur Jahresrechnung für 1912 gemahnt. Der Verbandsreferent, Herr Friedrich, wird auf die Dauer von drei Jahren einstimmig wiedergewählt, nachdem Herr G. Grede seine arbeitsreichen Verdienste gekühnend gekennzeichnet hatte. Herr Mitscherlich, welcher kurznachschüsslich aus dem Verbandsaussschusse ausscheidet, wählte man durch Zuruf einstimmig ab.

Die Wünsche nach Ausdehnung der Vorstandstätigkeit des Verbandes lauten ihren Vorüberall dahin, daß die Orte Magdeburg, Klosterlausitz, Halle u. a. m. als solche bezeichnet wurden, in denen von der genossenschaftlichen Arbeit Erfolge zu erwarten seien, bzw. schon eingetreten sind.

Mit Worten des Dankes an die Vertreter der Staatsbehörden, der anderen Gattin und an die Delegierten schloß Herr E. Friedrich den Verbandstag.

**Verein zur Förderung des Gemüsebaues.**

Man schreibt uns:

Wie uns mitgeteilt wird, ist ein Verein in der Bildung begriffen, der sich die Förderung des Gemüsebaues zum Ziele gesetzt hat. Die bisherigen Regierungsmaßnahmen, die darauf hingielen, den Gemüselonsum auf Kosten des Fleischnutzes zu steigern, können nur dann den gewünschten Erfolg haben, wenn es gelingt, die Marktpreise für Gemüse dauernd auf einem niedrigen Stande zu erhalten. Wenn nun jemand sagt: „Das Gemüse ist ja äußerst billig“, so trifft das in seiner Weise zu. Man kann hier ebensowenig die diesjährigen niedrigen als die vorjährigen hohen Gemüsepreise als Durchschnitt nehmen, da beide Jahre für die Entwicklung des Gemüses als normal nicht bezeichnet werden können. Allerdings stehen die ersten Frühkartoffeln, Bohnen, Schoten usw. so hoch im Preise, daß sie für viele Hausfrauen nur zum „Ansehen“ in den Schaufenstern ausliegen. Dasselbe gilt für vieles Obst- und Wintergemüse. Mangel-Gemüsesorten kommen dann fast ebenso teuer wie Fleischpreise. In solchen Fällen werden aber die Hausfrauen zum Glück leichter bewegen. In einer Großstadt ganz besonders aber in Halle — werden billige Gemüsepreise immer ein frommer Wunsch bleiben. Das ist leicht erklärlich und auch gar nicht zu ändern. Die Nacht für das teure Land der nächsten Umgebung muß herausgewirtschaftet werden und der Produzent will und muß verdienen. Gegen die Verkäufer.

Hieraus können also nur zwei Dinge zum Ziele führen: 1. Kostung billigen Landes in möglichstster Nähe, und 2. Selbstproduktionen. Wegen des erlernten Punktes ist bereits mit Erfolg unterhandelt. Zu letzterem gehören Lust und Liebe. Kenntnisse sind nicht erforderlich, da sie im Verein durch geplante wissenschaftliche Vorträge über Sämereien, Gartenwahl, Pflanzenweiche, Füllege, Nährstoffe und Zubereitung usw. vermittelt werden.

Die zahlreicheren Schrebergärten können den angebotenen Zweck nicht erfüllen, weil sie im Gemüsebau viel zu klein und viel zu teuer sind. Ein solcher Garten ist in der Regel 100—150 Quadratmeter groß und kostet 25—30 Mt. Wenn man von jedem Gärten den Platz für die Laube und Wege, für Obst und Beerenobst usw. in Wegfall bringt, dann bleibt zur Gemüsekultur nicht mehr übrig. Außerdem ist die Gemeinnutz für solche Gärten meist so hoch, daß Gemüse

welches zu seiner Entwicklung viel Platz braucht — mit Erfolg in Schrebergärten nicht mehr angebaut werden kann. Wir kommen also wieder zu oben angeführtem „billigen Land“. Es ist ein im Süden der Stadt gelegenes, 15 bis 20 Morgen großes Stück Pachtland in Aussicht genommen. Dies soll den Mitgliedern zum Selbstpachtzweck überlassen werden. Der Preis wird sich pro Quadratmeter auf 3 bis 4 M. stellen (je nachdem, ob Einjährige gemäht wird oder nicht). Bei Schrebergärten stellt sich der Preis pro Quadratmeter auf 18—25 M. Ein 1/2 Morgen (gleich 300 Quadratmeter) Gemüseland würde sich also auf 10—12,50 M. stellen (als Schrebergarten 57—70 M.). Außerdem soll es jedem Mitglied unbenommen sein, außer Kartoffeln und Gemüse alle Spargel, Beerenobst usw. anzupflanzen (Was ist noch fraglich).

Die Pachtzeit wird 12—15 Jahre dauern. Die Mitglieder können jedoch — bei halbjähriger Kündigung, zu lange passen, wie sie wollen; sind also auf längere Zeit als ein Jahr nicht gebunden. Es sind bis jetzt 42 Mitglieder eingetragten. In Annoncen wird demnächst noch das Nähere bekannt gegeben werden.

**Schwurgericht.**

In der am 25. November beginnenden Sitzungsperiode des königlichen Schwurgerichts hier kommen folgende Sachen zur Verhandlung:

Am 25. November vorm. 9 Uhr gegen den Dienstknecht (Fürsorgezögling) Walter Krause aus Kapnoborf wegen Brandstiftung, ferner gegen den Pader Kurt Fehling aus Halle a. S. wegen verletzter K a u b e s;

am 26. November vorm. 9 Uhr gegen die Ehefrau Friederike Zubley geb. Speer aus Gräfenhainchen wegen Meineides und die Witwe Emilie Stolz geb. Kersten dabei selbst wegen Anstiftung und Unterbreiten der Bereitung zum Meineide;

am 27. November vorm. 9 Uhr gegen den Arbeiter Paul Bach und den Privatmann Edmund Richter aus Halle a. S. wegen verletzter K a u b e s;

am 28. November vorm. 9 Uhr gegen den Steinbrucharbeiter Friedrich Kirchhoff aus Kößlin wegen Körperverletzung mit Todesfolge;

am 30. November vorm. 9 Uhr gegen den früheren Dachdecker Lorenz Klotz, die Ehefrau Minna Klotz geb. Grabow, die Ehefrau Johanna Jmpoff geb. Spagier sämtlich aus Halle a. S. wegen Aufreißung;

am 30. November vorm. 9 Uhr gegen den Buchbinder Friedrich Grunow und den Fabrikarbeiter Ernst Weker, beide hier in Haft, wegen schweren Diebstahls und räuberischer U e r p r e s s u n g ;

am 3. und 4. Dezember vorm. 9 Uhr gegen die Dienstmagd Ida Lehner hier in Haft wegen Meineides und den Arbeiter Otto Trumtrax und den Maurer Franz Zedler hier in Haft wegen Anstiftung zum Meineide.

Am 2. und 6. Dezember werden voraussichtlich noch weitere Sachen zur Verhandlung kommen.

Die nationale Volkerversicherungs-Gesellschaft der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften. Vor einigen Tagen meldeten wir, daß 26 deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften beschlossen hätten, eine große, nationale Volkerversicherungsanstalt zu errichten. Es handelt sich um ein gemeinsames Unternehmen. Die Verzinzung des Aktienkapitals, das gemeinsam von jenen 26 Gesellschaften aufgebracht wird, ist auf 4 Prozent beschränkt. Jeder Erwerbszweig ist ausgeschlossen. Die Überschüsse der neuen Anstalt sollen vielmehr, soweit sie nicht für die Anlegung der nötigen Reserven erforderlich sind, restlos den Versicherten zugute kommen und zwar in Form von Versicherungsbüchern oder durch Förderung gemeinsamer Bestrebungen (Bau von Arbeiterwohnungen, Lungenschutzläden usw.). Die deutsche private Lebensversicherung schafft hiermit ein Versicherungsunternehmen, hinter dem die gesamte Kapitalkraft der es gründenden Gesellschaften steht, deren umfassende Organisation für die Anwendung von Versicherungsmitteln verwandt werden kann. Die nationale Volkerversicherungs-Gesellschaft der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften ruht damit in finanzieller und organisatorischer Beziehung auf einem Fundamente, wie es in gleicher Stärke kaum eine andere Schöpfung des Wirtschaftslebens aufweist. Diese Erkenntnis und die Tatsache, daß man es hier mit einer nationalen, gemeinsamen Anstalt zu tun hat, veranlassen bereits zahlreiche Organisationen, dem Unternehmen ihre tatkräftige Unterstützung zuzuwenden. Auch die Regierung wandte der Anstalt ihr lebhaftes Interesse zu. Wenn sich die deutsche private Lebensversicherung unter Aufsichtführung ihrer finanziellen Interessen zur Schaffung dieser gemeinsamen Gesellschaft entschloß, so geschah dies in dem Bewußtsein, den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung zu möglichst liberalen Bedingungen zu bieten, diese Personenzelle hierdurch an ein nationales Unternehmen zu fesseln und sie daher zu bewahren, sich Volkerversicherungsgebühren zuzuwenden, durch die politische Bestrebungen gleichviel welcher Art verfolgt werden.

Goldene Hochzeit. Am 18. d. Mts. beging das kaiserliche Ehepaar das Fest der goldenen Hochzeit, bei der Herr Vizekönig Prinz von St. Ulrich den Segen sprach und im Namen des Kaisers das Gnadengebet überreichte. Eine besondere Freude wurde dem Jubelpaare durch Ernennung des Jubelbräutigams zum Hofkammerherrn und Darreichung einer Festgabe seitens der Hofbehörde zuteil.

Zum Totentisch. Auch in diesem Jahre wird der Bibel- und Schicksalstisch wieder von den Einträgen der Friedhöfe an die Felder der besten mangellos Predigten und kritische Trostreden bereichern lassen. Es sind zu diesem Zweck Predigten von dem früheren Domprediger, Geh. Hofkammerkassier A. L. B. E. E. sowie vom Pastor D. A. B. A. A. neu bearbeitet worden; aus früheren Jahren sind noch Predigten von Pastor Meinhof, Jahr und Vie. Baumann vorhanden. Wer einen kleinen Beitrag zur Deckung der Unkosten beizutragen will, findet dazu Gelegenheit, da neben den Predigern die Bücher zur Aufnahme billig freiwilliger Gaben ausgelegt sind.

Karambolage. Am Donnerstag nachmittag in der fünften Stunde hielt ein Postwagen mit einem Kohlenwagen in der Karambolage zusammen. Bei dem Zusammenstoß der einen großen Karambolage verurteilte, brach die Deichsel des Postwagens. Weder die Schuldfrage entzündete sich unter den Beteiligten eine mehr als rege Diskussion.

„Was aus unsrer Toten?“ heißt das Thema, über welches Herr C. Döhrig am Sonntag, den 24. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gemeinschaftsausschuß, Margaretenstr. 5, einen öffentlichen Vortrag halten wird.







Der Vater des Weges immer Siegerin bleibt. Der Keimling muß aufgefahrt werden! Aber schonen, damit kein zartes Innenleben nicht gefährdet und der tüchtige Weltkämpfer der neuen Weltentdeckung mit rauer Hand zertrübt werde. Diese Normendigkeit erkannt zu haben, ist das Verdienst des Herrn Feldmarschall-Lieutenant Terzjanz in Suda...

Ärztliche Gouverneure als Stützstützen. Unter den Gouverneuren Russlands gibt es einige, die sich die besetzte Aufgabe gemacht haben, in ihrem Bezirke jede Art von Unzufriedenheit mit Stumpf und Stiel auszurufen. Dabei ergreifen sie oft recht merkwürdige Maßnahmen. So erklärte Gobjew, der Gouverneur von Korschow, für unzulässig, wenn ein Herr mit einer jungen Dame eine Schachpartie auf dem baltischen See unternimmt...

Wetterwarte Magdeburg der 'Magdeburger Zeitung'.

Donnerstag, 21. November, 8 Uhr morgens. Das gestrige Tiefdruckgebiet hat sich im großen ganzen südwestwärts ausgedehnt, dabei ist das Tiefsteil über Schweden östwärtswärts, das Hauptminimum südostwärts gezogen. Im Dienstgebiete haben daher bei mildem Wetter die Regenfälle sich allgemein wiederholt, nur im Gebirge ist es ohne gefallen. Da bei Island bereits ein neues Tief sich gebildet, so haben wir unruhiges, wolfiges, mildes Wetter mit Regenfällen zu erwarten.

Oeffentlicher Wetterdienst. Dienstliche Zimmern, Donnerstag, 21. November, 8 Uhr morgens.

Zufuhrverteilung und Wetterlage in Europa. Dem oftmals abziehenden, stark sich abflachenden Tief, das heute über Island liegt, folgt schnell ein neues, stärker ausgebildetes Tief, das sich aus ebenfalls neuen dürtte. Es ist damit Fortdauer des trübten, feuchten und zeitweise windigen Wetters der letzten Tage verbunden.

Witterungsansicht für den 22. November: Vorwiegend mäßiger, zeitweise lebhafter Wind, meist trübe, Regen und Schnee, Temperatur wenig unter Mittel.

Wetterwarte zu Hamburg. Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes. (Nachdruck verboten).

20. November: Windst. trübe, nass, Wind, mild. 21. November: Windst. trübe, nass, Wind, mild. 22. November: Nebel, leicht, nass, Wind, mild. 23. November: Nebel, leicht, nass, Wind, mild. 24. November: Nebel, leicht, nass, Wind, mild. 25. November: Nebel, leicht, nass, Wind, mild.

Letzte Depeschen.

Der österreichische Chronofolger in Berlin. Wien, 21. Nov. Die heute erfolgte Abreise des Chronofolgers nach Berlin wird im bundesfreundlichen Sinne von der Presse kommentiert und als wichtiges politisches Ereignis behandelt.

Ein neuer italienischer Gesandter.

Rom, 21. Nov. Amlich wird gemeldet: Dem italienischen Votschafter in Berlin, Panja, ist auf sein Ansuchen der Abschied bewilligt worden. Der Generalkonsul im Ministerium des Aeußern, Solfati, ist zum Votschafter in Berlin ernannt worden. Der bevollmächtigte Gesandte de Martino ist zum Generalkonsul im Ministerium des Aeußern ernannt.

Der Balkankrieg.

Der Waffenstillstand in Aussicht. Sofia, 21. Nov. Nach Mitteilungen von kompetenter Seite sind die Verhandlungen der Balkanstaaten weder der Form noch dem Inhalte nach intrantig und lassen sogar eventuelle Modifikationen durch Verhandlungen zu, so daß Aussichten auf, daß die Türken sie akzeptieren und daß ein Waffenstillstand zustande kommt.

Frankreich als Schützer der Christen des Orients.

Paris, 21. Nov. Der 'Temps' meldet heute, daß infolge der vertriebenen Christenmeheleien in der Türkei Ministerpräsident Ricard den französischen Votschafter Ricard davon in Kenntnis habe, daß Frankreich in seiner Eigenschaft als Protektor der Christen im Orient sich gezwungen sehe, die ottomanische Regierung für alle Ausschreitungen haftbar zu machen. Die französische Regierung müsse darauf bestehen, daß sofortige Interventionen in die Waals abgingen, die geeignet sind, weiteren Mordtaten vorzubeugen. Zu gleicher Zeit ist der französische Gesandte in Konstantinopel, Compad, beauftragt worden, diese Erklärung dem Großvezir Kiamil zu unterbreiten.

11. Ziehung 5. Klasse I. Preussisch-Süddeutsche. (27. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie. Ziehung vom 21. November 1911 vormittags.

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for 'An jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II', 'Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.', and 'Obne Gewähr.' (Nachdruck verboten).

11. Ziehung 5. Klasse I. Preussisch-Süddeutsche. (27. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie. Ziehung vom 21. November 1911 nachmittags.

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for 'An jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II', 'Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.', and 'Obne Gewähr.' (Nachdruck verboten).

11. Ziehung 5. Klasse I. Preussisch-Süddeutsche. (27. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie. Ziehung vom 21. November 1911 nachmittags.

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for 'An jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II', 'Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.', and 'Obne Gewähr.' (Nachdruck verboten).

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for 'An jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II', 'Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.', and 'Obne Gewähr.' (Nachdruck verboten).

11. Ziehung 5. Klasse I. Preussisch-Süddeutsche. (27. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie. Ziehung vom 21. November 1911 nachmittags.

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for 'An jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II', 'Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.', and 'Obne Gewähr.' (Nachdruck verboten).

11. Ziehung 5. Klasse I. Preussisch-Süddeutsche. (27. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie. Ziehung vom 21. November 1911 nachmittags.

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for 'An jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II', 'Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.', and 'Obne Gewähr.' (Nachdruck verboten).

Ein türkische Fregatte in den Grund gebohrt. Sofia, 21. Nov. Von Barna kommt die Nachricht, daß ein bulgarisches Torpedoboot auf der Höhe von Barna zum Sinken gebracht habe.

Konstantinopel, 21. Nov. Über Constanza wird gemeldet, daß in Adana eine neue Christenmeheleien stattgefunden haben. Die Regierung entsandte sofort Truppen, um weitere Ausschreitungen gegen die christliche Bevölkerung zu verhindern.





